

Dossier

Die Kohabitation ist besiegt – was nun?

Frankreich nach den Parlamentswahlen

SABINE VON OPPELN*

Nach den Parlamentswahlen vom 9. und 16. Juni 2002 atmete man nicht nur in Frankreich, sondern auch bei den Partnern des Landes für einen kurzen Moment auf. Ebenso abrupt wie die massiven Bürgerproteste gegen den rechtsextrem Herausforderer *Le Pen* nach dem zweiten Urnengang der Präsidentschaftswahl zusammenbrachen, wurden nun auch die Debatten über das Ende der V. Republik ad acta gelegt. Dem äußeren Anschein nach ist die Republik ein weiteres Mal gerettet worden. Mit der klaren Mehrheit der Partei des Präsidenten (UMP) wurde die innerhalb und außerhalb Frankreichs gefürchtete Neuauflage der Kohabitation gebannt. Das Ende der Politikblockade scheint in Sicht.

Ende der Zersplitterung?

Die Partei des rechtsextremen Herausforderers wurde bei den Parlamentswahlen in ihre Schranken gewiesen. Mit 11,34 Prozent der Stimmen hat der FN nicht nur gegenüber dem Erfolg *Le Pens* beim ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl (16,86 Prozent), sondern auch gegenüber dem Ergebnis der Parlamentswahlen des Jahres 1997 (14,94 Prozent) einen empfindlichen Verlust erlitten.¹

Nicht zuletzt scheint – zumindest bei oberflächlicher Betrachtung – der Zersplitterung des Parteiensystems Einhalt geboten. Zwar hat die Zahl der Kandidaten bei den Parlamentswahlen ebenso wie auch schon bei den Präsidentschaftswahlen in der Geschichte der Französischen Republik ihren bisherigen Höchststand erreicht und erneut auf eine extreme Zersplitterung des Parteiensystems hingewiesen. Letztlich wurden jedoch schon im ersten Wahlgang die extremen Ränder in ihre Schranken verwiesen.²

Ebenso wenig konnte sich der kurz vor den Wahlen gegründete *Pôle Républicain* als Herausforderer profilieren. Die Aufkündigung der Zusammenarbeit mit den Sozialisten und das Bündnis mit den als Souveränisten bezeichneten Verteidigern des republikanischen Nationalstaates aus allen politischen Lagern³ hat sich für *Jean Pierre Chevènement* und seine Anhänger nicht ausgezahlt. Mit nur 1,19 Prozent der Stimmen im ersten und 0,06 Prozent im zweiten Wahlgang konnten sie gegenüber den Wahlergebnissen des Jahres 1997 keine Zuwächse verzeichnen.

Der Schock des 21. April scheint wenigstens kurzfristig die Tendenz zu einer strategischen Wahlentscheidung gestärkt zu haben, die den großen Parteien zugute kam. Die neue

* Dr. Sabine von Oppeln ist Politikwissenschaftlerin an der Freien Universität Berlin und verantwortlich für den deutsch-französischen Studienzyklus der Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin.

Sammlungspartei des Präsidenten (UMP) hat eine Bestätigung ihres nationalen Führungsanspruchs gefunden. Mit 369 Parlamentssitzen hat die UMP eine Mehrheit erreicht, die an die komfortable Mehrheit der Gaullisten bei den „Wahlen der Angst“ im Jahre 1968 ebenso erinnert wie an den Erfolg der sozialistischen Partei im Jahre 1981. Als eigenständige politische Kraft noch knapp behaupten konnte sich im bürgerlichen Lager die UDF, die 29 Parlamentssitze gewonnen hat. Insgesamt hat das bürgerliche Lager mit 399 von 577 Sitzen (gegenüber 245 1997), einen klaren Sieg errungen, wenngleich das Traumergebnis des Jahres 1993 (484 Sitze) nicht wiederholt werden konnte. Auf der Linken, die insgesamt 177 Sitze (gegenüber 314 1997) erreicht hat, hat der erwartete Niedergang der „gauche plurielle“ bewiesen, dass es sich hierbei um nicht mehr als um ein nur vorübergehend haltbares politisches Konstrukt zur Stabilisierung eines zerbröckelndes Wählerpotenzials gehandelt hat.

Die Hauptverlierer im linken Lager waren die Kommunisten, die mit nur 4,82 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang gegenüber 9,9 Prozent im Jahre 1997 und mit der persönlichen Wahlniederlage ihres Vorsitzenden eine an die Grenzen der Marginalisierung reichende Niederlage hinnehmen mussten. Die Grünen, die prozentual gesehen gegenüber den Wahlergebnissen des Jahres 1997 sogar einen Stimmenzuwachs verzeichnen konnten, sind nur noch mit drei Abgeordneten in der Nationalversammlung vertreten (gegenüber 8 im Jahre 1997). Schließlich können die Sozialisten, die mit 140 Sitzen die zweitstärkste Kraft im Parlament darstellen, im Rahmen ihrer Niederlage den Trost finden, dass sich ihr prozentuales Wahlergebnis gegenüber den Ergebnissen der Parlamentswahl 1997 nur minimal verändert hat⁴ und dass sie ihre Rolle als dominante Kraft im linken Lager nach dem Debakel der Präsidentschaftswahl festigen konnten.

Das so gezeichnete Bild einer wiederge-

wonnenen Stabilität und Balance in der politischen Landschaft Frankreichs ist jedoch trügerisch. Hierauf verweist der extrem hohe Anteil derer, die der Wahl ferngeblieben sind. Mit 35,5 Prozent der eingeschriebenen Wähler im 1. und fast 40 Prozent im 2. Wahlgang hat die Zahl der Nichtwähler in der Geschichte der V. Republik einen weiteren Rekord erreicht. Dieser lässt ahnen, dass das Aufatmen innerhalb und auch außerhalb Frankreichs nur von kurzer Dauer sein kann und dass mit der erfolgreichen Bekämpfung der Kohabitation noch keine Garantie für die Bewältigung der anstehenden politischen Herausforderungen auf nationaler wie auf europäischer Ebene gegeben ist.

Schwache Legitimität

Zuallererst hat die hohe Zahl der Nichtwähler eine beträchtliche Schwächung der demokratischen Legitimation der neuen Mehrheit zur Folge. Diese Legitimationsschwäche ist umso dramatischer, als der hohe Prozentsatz der Wahlenthaltung kein Zufallsprodukt der letzten Wahlen, sondern einen weiteren Rekord in einer langfristig angelegten Entwicklung darstellt. Konjunkturelle Faktoren, wie die Wahlmüdigkeit beim 4. Wahlgang innerhalb von acht Wochen oder die spezifische Problematik jener Wähler, die ihre ablehnende Haltung gegenüber einer Neuaufgabe der Kohabitation nur durch ein erneut gegen ihre politische Überzeugung gerichtetes Votum für das bürgerliche Lager zum Ausdruck hätten bringen können, bieten keine ausreichende Erklärung für den neuen Nichtwählerrekord. Vielmehr zeigen erste Analysen⁵ über die soziodemographische Struktur und die Einstellungen der Nichtwähler, dass die erneute Zunahme der Wahlenthaltung Ausdruck einer weiteren Zuspitzung der langfristig gewachsenen Phänomene sozialer Ausgrenzung und Unsicherheit auf der einen Seite und der Entfremdung zwischen der Politik und weiten Teilen der Gesellschaft

auf der anderen Seite ist.

So stammen die Nichtwähler – ähnlich wie die Protestwähler⁶ aus den Bevölkerungsschichten, die sich zu den Verlierern des seit Mitte der 80er Jahre eingeleiteten und seit Beginn der 90er Jahre beschleunigten Modernisierungsprozesses zählen. 59 Prozent der Arbeitslosen, 44 Prozent der Arbeiter, 40 Prozent der einfachen Angestellten sowie 46 Prozent der 18–24 Jährigen und 51 Prozent der 25–34jährigen sind dem ersten Wahlgang der Parlamentswahl ferngeblieben. Frühere Untersuchungen zur Wahlenthaltung zeigen überdies, dass ein niedriges Bildungs- und Qualifikationsniveau die Zugehörigkeit zur Gruppe der Nichtwähler begünstigt. Die geographische Schwerpunktsetzung des Nichtwählerpotenzials deckt sich mit der Verteilung der Hochburgen des Front National ebenso wie mit den Schwerpunkten der Kritiker des Maastrichter Vertrages im Jahre 1992.⁷ Nichtwähler wie Protestwähler repräsentieren damit jenen Teil der französischen Bevölkerung, der durch die von Widersprüchen gekennzeichnete Anpassung des „Kapitalismus à la française“⁸ an das auf europäischer Ebene dominierende neoliberale Politikmodell in besonderer Weise betroffen ist.

Mißtrauen und Gleichgültigkeit

Auch im Rahmen des Wirtschaftsaufschwunges seit 1997, der ein wesentlicher Faktor in der insgesamt eher positiv gewerteten Regierungsbilanz der „gauche plurielle“ war, konnte der seit 20 Jahren zu verzeichnende Anstieg sozialer Ungleichheiten nicht gebremst werden. Eine im europäischen Vergleich nach wie vor hohe Arbeitslosenquote, die drastische Zunahme unsicherer Arbeitsplätze, die unabsehbaren Folgen der in der Diskussion befindlichen Reform der Sozialsysteme, insbesondere des Gesundheits- und Rentensystems und die im Zuge verschärfter Konkurrenz wachsenden physi-

schen und psychischen Belastungen am Arbeitsplatz sind weitere Faktoren einer immer weiter um sich greifenden sozialen Unsicherheit⁹ und ein Indiz dafür, dass es auch der „gauche plurielle“ Lionel Jospins nicht gelungen ist, die Öffnung und Modernisierung der französischen Wirtschaft sozialverträglich zu gestalten.¹⁰

Darüber hinaus verweisen die in einer Nachwahlumfrage¹¹ geäußerten Motive der Nichtwähler auf das tiefe Misstrauen und eine immer weiter um sich greifende Gleichgültigkeit gegenüber der Politik. So behaupten 71 Prozent der Nichtwähler, dass sie sich wenig oder überhaupt nicht für die Wahlen interessieren. 59 Prozent meinten, dass die Wahlen wenig oder gar keinen Einfluss auf ihr persönliches Leben haben. Als Motiv der Wahlenthaltung nannten 42 Prozent das mangelnde Vertrauen in die Politiker und 41 Prozent erklärten schlicht, dass sie nicht zur Wahl gehen konnten beziehungsweise, dass sie verhindert waren. Nur 10 Prozent der Nichtwähler begründeten dagegen ihre Wahlenthaltung mit dem Bestreben, ihre Unzufriedenheit gegenüber der politischen Rechten und der neuen Regierung (6 Prozent) beziehungsweise gegenüber der politischen Linken (4 Prozent) zu artikulieren.

Das deutliche Übergewicht der Indifferenz gegenüber einer politisch begründeten Wahlenthaltung kann als Indiz für eine weitere Vertiefung der Kluft zwischen weiten Teilen der Bevölkerung und ihren politischen Repräsentanten angesehen werden. Neben der sozialen Spaltung gewinnt eine als „fracture civique“ (staatsbürgerliche Spaltung) bezeichnete Entwicklung an Bedeutung, die gekennzeichnet ist durch die Trennung zwischen denen, die sich als Teil des demokratischen Systems begreifen und denen, die sich zunehmend als politische Außenseiter sehen. Insbesondere das Ausmaß der Indifferenz lässt befürchten, dass es sich bei diesem Personenkreis nicht mehrheitlich um jene Teile der Bevölkerung handelt, die ihre Abwen-

dung von den konventionellen Formen politischen Engagements durch neue unkonventionelle Formen der politischen Partizipation ersetzen. Eher zeigt sich hier eine von Frustration gekennzeichnete Haltung, die sich zeitweise in totaler Indifferenz, zeitweise aber auch in der Hinwendung zu populistischen Bewegungen widerspiegelt. Hieraus ergibt sich eine weitere Erklärung für die immer wieder zu beobachtende Aufstockung eines stabilen rechtsextremen Wählerpotenzials von durchschnittlich 12 Prozent.

Fracture sociale / fracture civique

Insgesamt kann der neue Rekord der Wahlenthaltung im Kontext der Parlamentswahlen ebenso wie das bei der Präsidentschaftswahl sichtbar gewordene große Potenzial an Protestwählern als Ausdruck einer tiefgreifenden sozialen und politischen Krise Frankreichs interpretiert werden, die mit den Begriffen der „fracture sociale“ und der „fracture civique“ umschrieben wird. Ihre Ursache findet diese Krise darin, dass es den tragenden Kräften der beiden großen politischen Lager bisher nicht gelungen ist, konstruktive Antworten auf die Herausforderungen der ökonomischen Globalisierung zu finden. Mit der Anpassung an die Gesetzmäßigkeiten des auf europäischer Ebene dominierenden neoliberalen Politikmodells, die unter den beiden bürgerlichen Regierungen Balladur (1993–1995) und Juppé (1995–1997) eingeleitet und – trotz einiger Akzentuierungen im Sinne eines „diskreten Keynesianismus“¹² – letztlich auch unter der Regierung Jospin keine grundsätzliche Revision erfuhr, wurden nicht nur die Handlungsspielräume nationaler Politik immer enger, sondern auch die Hoffnungen auf eine politische Regulierung der Globalisierung über die europäische Zusammenarbeit immer mehr zerstreut. Sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene haben sich die dominierenden politischen Kräfte einer Poli-

tik des „muddling through“ verschrieben, die immer weniger den Mut zu einer voluntaristischen Politik erkennen lässt. Einer Verschärfung der sozialen Spaltung und der sozialen Unsicherheit wurde damit ebenso Vorschub geleistet wie der Zunahme des Vertrauensverlustes und der Gleichgültigkeit gegenüber der Politik. Letztlich kann die hohe Wahlenthaltung bei der Parlamentswahl als Warnsignal dafür gesehen werden, dass der Disput über das Gefüge politischer Institutionen nicht den Mangel in der inhaltlichen Zielbestimmung der Politik kompensieren kann. Zu spät hat die sozialistische Partei erkannt, das politische Stilfragen („présider autrement“) und die Besetzung einzelner Themen keine ausreichende programmatische Basis für die Überzeugung der Wähler bieten. Vor diesem Hintergrund geben die sich neu abzeichnenden Perspektiven französischer Politik wenig Anlass für eine optimistische Bewertung.

Konsensstrategie des neuen „Raffarinisme“¹³

Das Hauptziel der neuen Regierung scheint in der Konsensbeschaffung zu liegen. Ein politisches Konzept zur Lösung der anstehenden Probleme lässt sich dagegen schwer ausmachen. Mit der Wahl Jean-Pierre Raffarin als neuer Premierminister hat Chirac nicht nur eine Person gewählt, die aufgrund ihrer politischen Bindungen zur Konsensbeschaffung innerhalb des bürgerlichen Lagers prädestiniert ist.¹⁴ Sondern darüber hinaus soll der in der Provinz verankerte neue Premierminister zur Überbrückung der bedrohlichen Kluft zwischen der Pariser Elite und der Bevölkerung beitragen. Ergänzt wurde diese vertrauensbildende Maßnahme bei der Regierungsbildung durch die Berufung einiger parteiloser Persönlichkeiten¹⁵, die die Öffnung gegenüber der Gesellschaft symbolisieren sollen. Schließlich hat Raffarin in seiner Regierungserklärung vom 3. Juli 2002¹⁶

den Wechsel des Regierungsstils, die „nouvelle gouvernance“, als zentrales Projekt seiner Regierung vorgestellt. Ein neuer Anlauf im Prozess der Dezentralisierung, die Stärkung des sozialen Dialogs, eine stärkere Konsultation der Sozialpartner und eine Reform der Verwaltung sollen die tragenden Elemente dieses Wandels sein. Das Wissen um die Notwendigkeit höchst umstrittener Reformen – unter anderem die Reformen der Rentenversicherung, des Gesundheitssystems und des öffentlichen Dienstes – die nur zu leicht zu einer Wiederholung des Traumas der Dezemberstreiks von 1995 führen könnten, hat sicherlich die Bereitschaft zu Reformen des politisch-administrativen Apparates und zu einer Stärkung des Dialogs mit den gesellschaftlichen Kräften begünstigt.

Im Widerspruch zu dem propagierten Wandel der „action politique“ steht die sich gleichermaßen abzeichnende Konzentration der Macht in den Händen des Präsidenten, die an die Anfänge der V. Republik erinnert.¹⁷ Hierzu zählt die Schaffung der „Partei des Präsidenten“: Ähnlich wie die 1962 von *General de Gaulle* ins Leben gerufene Sammlungsbewegung UNR liegt die zentrale Funktion der UMP in der Absicherung der präsidentiellen Mehrheit im Parlament. Zusätzlich gestärkt wird die Konzentration der Macht dadurch, dass die präsidentielle Mehrheit auch den Senat, die Mehrheit der Regionen und Départements sowie wichtige Kontrollorgane, wie den Medienrat und den Verfassungsrat beherrscht.¹⁸

Schließlich verweist die Wiederherstellung einer klaren Hierarchie zwischen Elysée und Matignon darauf, dass der Präsident entschlossen ist, der Regierungspolitik seinen Stempel aufzudrücken. Dies erscheint umso fragwürdiger, als *Jacques Chirac* seine Wiederwahl nicht der Entscheidung der Wähler für das von ihm vertretene Programm verdankt, sondern allein der parteiübergreifenden Mobilisierung gegen die Bedrohung der französischen Demokratie durch *Le Pen*.

Europäische Unsicherheiten

Eine Rückkehr zu traditionellen Politikmustern der V. Republik zeichnet sich auch auf dem Feld der Europapolitik ab. Die Tatsache, dass die Europapolitik in der Regierungserklärung *Raffarins* ähnlich wie die Außenpolitik allgemein nur eine untergeordnete Rolle gespielt hat, lässt darauf schließen, dass die Europapolitik fortan definitiv in den Kompetenzbereich des Elysée zurückverlagert wird.

Wie in anderen Politikfeldern ist der Wegfall der Kohabitation auch im Bereich der Europapolitik keine Garantie für einen neuen politischen Elan. Im Gegenteil: Im Wahlkampf hat Europa keine Rolle gespielt. Dennoch haben aber die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl wie auch der Parlamentswahl deutlich gemacht, dass die neue Regierung mit einer weit verbreiteten antieuropäischen Haltung zu rechnen hat. Die links- und rechtsextremen Parteien, die im 1. Wahlgang der Präsidentschaftswahlen zusammen mit den Anhängern *Chevènementes* rund 40 Prozent des Wählerpotenzials auf sich vereinen konnten, führen einen antieuropäischen Diskurs. Ebenso steht ein Großteil derer, die bei der Parlamentswahl der Wahlurne ferngeblieben sind, den Prozessen der Globalisierung und der Europäisierung kritisch gegenüber.

Erste Anzeichen, dass diese europakritische Haltung nicht einflusslos bleibt, gibt es bereits. Hierzu zählt die definitive Absage an eine Reform der Agrarpolitik vor Ablauf der mittelfristigen Finanzplanung für die EU im Jahre 2006. In Kauf genommen wird hiermit nicht nur eine erneute Konfrontation mit der deutschen Politik, die auf eine Entlastung des Haushaltes der EU pocht, sondern auch eine ernsthafte Gefährdung des für die Osterweiterung vorgesehenen Zeitplanes¹⁹. Konfliktstoff birgt weiterhin der nachlässig anmutende Umgang mit den Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Die von der neuen Regierung anvisierten Steuer-

senkungen im Umfang von insgesamt 30 Milliarden Euro in den nächsten fünf Jahren ist mit den strengen Begrenzungen des Haushaltsdefizits nur schwer zu vereinbaren.²⁰ Nicht besonders vertrauenswürdig ist vor diesem Hintergrund die Tatsache, dass Staatspräsident Chirac auf dem Gipfel von Sevilla die Bekräftigung seines bereits abgegebenen Versprechens zum Ausgleich des Haushalts bis zum Jahre 2004 in einer einseitigen Erklärung an ein jährliches Wachstum von 3 Prozent bis zum Jahre 2004 gebunden hat. Die Erreichbarkeit dieses Ziels ist bereits von einer Gruppe französischer Ökonomen in Frage gestellt worden.²¹ Ein Konflikt zwischen der Einlösung der im Wahlkampf versprochenen Abgabensenkungen und der Einhaltung der Anforderungen europäischer Stabilitätspolitik ist damit vorgeplant.

Nicht zuletzt verweist der gemeinsame Vorstoß von Jacques Chirac und Tony Blair zugunsten einer Stärkung des Europäischen Rates darauf, dass Chirac trotz aller Bekenntnisse zum Formelkompromiss der „Föderation der Nationen“ relativ kompromisslos an einer intergouvernementalen Struktur der EU festhält.²² Die derzeit im europäischen Konvent zur Debatte stehende institutionelle Reform der EU wird durch diese starre Haltung nicht erleichtert. Schließlich ist die von Jospin immer wieder erhobene Forderung der wirtschaftlichen Koordinierung und der sozialen Zielbestimmung europäischer Politik in den Erklärungen der neuen Regierung nicht mehr auffindbar. Stattdessen weist Raffarin in dem von ihm verfassten Vorwort zu einem der Osterweiterung gewidmeten Buch ausdrücklich darauf hin, dass die Steuer- und Sozialpolitik ausschließlich im Kompetenzbereich nationaler Politik anzusiedeln sind.²³

All diese Indizien lassen vermuten, dass die Europapolitik mit dem erfolgten Regierungs-

wechsel zu einem ganz normalen Feld einer ausschließlich von nationalen Interessen dominierten Außenpolitik zurückgestuft wird. Damit sind die Chancen für eine berechenbare und konstruktive französische Europapolitik möglicherweise noch begrenzter als zu Zeiten der Kohabitation.

Antworten auf die Desintegration

Abschließend sei betont, dass die rund um die jüngsten Wahlereignisse deutlich gewordenen Krisenerscheinungen keine französische Besonderheit sind. In den europäischen Partnerländern, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen, sollte das Signal, das von den politischen Umbrüchen in Frankreich ausgeht, aufmerksam zur Kenntnis genommen werden. Denn das französische Beispiel ist ein Lehrstück dafür, dass die politischen und sozialen Desintegrationstendenzen, die mit der Anpassung an das neoliberale Politikmodell einhergehen, nicht allein über institutionelle Korrekturen und marketingähnliche Konsensstrategien gegenüber der sogenannten Zivilgesellschaft bekämpft werden können. Vielmehr geht es um die Entwicklung eines europäischen Sozialmodells, das allein die Grundlage für die Wiederbelebung der politischen Gestaltungskraft und damit für die soziale und politische Reintegration der europäischen Gesellschaften bieten kann. Die Rekonstruktion einer konfliktuellen politischen Auseinandersetzung ist schließlich eine unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung und Durchsetzung eines solchen Modells und zugleich eine wichtige Grundlage, um dem bedrohlichen Terraingewinn populistischer Bewegungen im europäischen Raum Einhalt zu gebieten. Mehr denn je bleibt die Frage nach den sozialen Akteuren und den politischen Trägern einer solchen Politik offen.

- 1 Alle Ergebnisse der Wahlen zur Assemblée nationale vom 25.5 und 1.6.1997 vgl.: Deutsch-Französisches Institut in Verbindung mit *Lothar Albertin* u.a. (Hrsg.) Frankreich-Jahrbuch, 1997, Leske+Budrich, Opladen, 1997, S. 293; alle Ergebnisse der Wahlen zur Assemblée nationale vom 9.6. und 16.6.2002 vgl.: www.assemblee-nat.fr, 6.7.2002.
- 2 LO, LCR und extreme Linke erhielten im ersten Wahlgang zusammen 2,74 Prozent der Stimmen; FN, MNR und extreme Rechte erhielten zusammen 12,2 Prozent der Stimmen.
- 3 Vgl. Naissance du Pôle républicain sur fond de crise d'identité, in: „Le Monde“ (Le Monde interactif), 13.5.2002 (16.5.2002).
- 4 Sozialisten und Radikalsozialisten vereinten im ersten Wahlgang 25,29 Prozent der Stimmen auf sich gegenüber 24,98 Prozent 1997; im zweiten Wahlgang 37,72 Prozent gegenüber 40,24 Prozent im Jahre 1997.
- 5 Vgl. *Cérad Courtois*: L'abstention du 9 juin révèle plus de désintérêt que de mécontentement, in: „Le Monde“, 15.6.2002.
- 6 Vgl. zum Profil der Protestwähler *Henrik Uterwedde*: „Wir da unten“ gegen „die da oben“?, in: dfi aktuell 2/2000.
- 7 Vgl. *Hervé Le Bras*: FN-abstention: même profil, in: „Liberation.com“, 11.6.2002.
- 8 Vgl. *Henrik Uterwedde*: Die schwierige Erneuerung der Politik, in: DOKUMENTE 3/02, S. 17.
- 9 Vgl. *Marie-Béatrice Baudet/antoine Reverchon 1995: la fracture sociale...2002: l'insécurité sociale*, in „Le Monde Economie“, 14.5.2002.
- 10 Vgl. *Henrik Uterwedde*: Die schwierige Erneuerung der Politik, a.a.O.
- 11 Vgl. Abstentionnistes du 1er tour: profil et motivations, in: „Le Monde“ (Le Monde interactif), 17.6.2002, www.sofres.co/etudes/pol/140602_abstentionnistes_r.htm, 17.6.2002.
- 12 Vgl. *Jochen Steinhilber*: Französischer Weg – adieu?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/2002, S. 713.
- 13 Vgl. *Jean-Michel Thenard*: L'„esprit d'ouverture“ de Chirac plein d'arrière-pensées, www.liberation.fr, 7.5.2002.
- 14 Vgl. *Jean-Baptiste de Montvalon*: Jean-Pierre Raffarin, le discret, in: „Le Monde“, 8.5.2002.
- 15 Hierzu gehören *Francis Mer* (Ökonomie und Finanzen) die Astronautin *Claudine Haigneré* (Forschung) *Noëlle Lenoir* (affaires européennes) und *Hamlaoui Mekachera* (anciens combattants).
- 16 Vgl. <http://www.assemblee-nat.fr>, Séance du mercredi 3 juillet 2002. Déclaration de politique générale du gouvernement.
- 17 Vgl. *Hervé Gattegno*: Aux sources de la Vème République, in: „Le Monde interactif“, 20.5.2002.
- 18 Vgl. *Jean-Marie Colombani*: Le défi, in: „Le Monde“, 11.6.2002.
- 19 Vgl. Paris lehnt Kompromisse bei EU-Agrarreform ab, in: „Süddeutsche Zeitung“, 1.7.2002.
- 20 Vgl. Baisses d'impôts en perspectives, in: „Le Monde“ (Le Monde interactif), 30.6.2002.
- 21 Vgl. *Virginie Maligre*: Un collectif d'économiste juge irréalisable l'équilibre des finances politiques en 2004, in: „Le Monde“ (Le Monde interactif), 1.7.2002.
- 22 Vgl. *Daniel Vernet*: La réforme de la présidence européenne suscite la crainte des petits Etats membres, in: „Le Monde“, 6.7.2002.
- 23 Vgl. *Henri Malosse / Bernard Huchet*: Unifier la grande Europe. Bruylant, 2002.